

Volksblatt

Nummer 12

Donnerstag, den 12. Januar

Jahrgang 1928

Kreisblatt des
Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger
des Landratsamtes
von Borken
Intern und Extern
des Kreises Borken.
Organ
der Zentrumspartei

Geschäftsstellen:
Bocholt, Realhau-
ptstraße 12. Fern-
sprecher 3054.
Borken, Hauptstr.
10. Fernsprecher
3054.
Anholt, Hauptstr.
24. Fernsprecher
3054.
Verlagsort:
Dortmund 1.

Zur deutsch-polnischen Annäherung.

Von

Prof. Dr. Hermann Hoffmann, Breslau.

Die deutsch-polnische Verständigung muß kommen, sie ist eine Lebensnotwendigkeit für Polen und für das Deutsche Reich. Es gibt nicht wenige im deutschen Vaterland, die Polen als Bagatelle und darum die deutsch-polnische Verständigung als weniger wichtig ansehen. Indessen sind die einzelnen Staaten Europas in ihren Interessen so sehr miteinander verknüpft und das Geschick des Handels in der politischen Gegenwart ist so wenig uns allein in die Hand gegeben, daß es nicht bloß darauf ankommt, was wir über die Erziehung einer Verständigung mit unserem östlichen Nachbar meinen, sondern mehr noch darauf, was andere, was mächtigere Mächte der Politik darüber denken. Mit andern Worten, die deutsch-polnische Frage ist nicht eine Privatangelegenheit für Polen und Deutschland, sondern eine Frage der europäischen Politik, ja, wenn man an Finanz- und Anleihenpolitik und Handelsabkommen denkt, eine Frage der Welt-politik.

Damit will ich die Bedeutung der östlichen Verständigung für das Reich selber in keiner Weise herabmindern. Der deutsche Osten fühlt das ja besonders stark. Breslau z. B., umgeben von Fabriken aller Art, deren Schloße einst Tag und Nacht rauchten, in denen Tausende von Arbeitern der Metall- und anderer Industrien ihr Brot fanden, macht auf den, den die Eisenbahn hierher bringt, einen trübsamen Eindruck; seine Schloße rauchen nicht, seine Fabriken stehen mehr oder weniger still. Die Arbeitslosigkeit hier und im Osten des Reiches überhaupt ist stärker und hält länger an als irgend anderswo. Und die Industrie des Ostens fürchtet, der deutsch-polnische Handelsvertrag wird kommen, wenn es zu spät ist, d. h. wenn Polen infolge des Handelskrieges mit uns andere gefährliche Beziehungen geknüpft hat, um seine wirtschaftlichen und industriellen Bedürfnisse zu decken, und uns dann nicht mehr braucht.

Abgesehen von anderen als den wirtschaftlichen Beziehungen, die zu einer Verständigung im Osten drängen — sie werden besonders im Osten unseres Vaterlandes gefühlt — ist außenpolitisch zu bedenken, daß Polen mit seiner unglücklichen Struktur ein leichtes Ziel für einen Angriff ist. Polen ist ein Land, das nicht nur mit seinem Nachbar zu leben, Polen ist auf den Frieden mindestens so stark angewiesen wie das Deutsche Reich. Polen will nicht Krieg, sondern Frieden. Man wird in Polen lange suchen müssen, ehe man einen Polen findet, der nicht dieser Meinung wäre. Polen kann nur im Frieden gedeihen. Nun hat es nach Ost und West offene Grenzen. Nun hat es im Osten und Westen Nachbarn, die es nicht als Freunde betrachten kann. Nun hat es im Osten und Westen seine Minderheiten, denen es nicht traut. Litauer, Weißrussen, Ukrainer (früher Ruthenen genannt) und Deutsche, und alle diese Minderheiten hängen räumlich zusammen mit selbständigen Staaten ihrer Nationalität. Wie oft sagte ich Polen in Borken, daß ihre Minderheiten zu behandeln, falsch ist; sie stößt ab, statt anzuziehen, und läuft darum Gefahr, sie zu verlieren statt zu gewinnen. Und doch kann man sich der Einsicht in die Zusammenhänge zwischen außenpolitischer Verständigung und innenpolitischer Behandlung der Minderheiten nicht verschließen. Das bedeutet auf die deutsche Minderheit angewandt: die Behandlung der Deutschen in Polen hängt nicht bloß ab von der Behandlung der Polen in Deutschland, sondern ebenso von der deutsch-polnischen Verständigung. Die Vereinigung, die Deutschen nach Recht und Vertrag zu behandeln, wäre in ganz anderem Maße zu erwarten, wenn die Polen nicht fürchteten, daß das Reich keine seiner Schwächen z. B. Anleihenbewilligungen beugen würde, um Kleinen aus der Hand des polnischen Staates zu schneiden, ja fürchteten, daß unsere Politik solche Schwierigkeiten schaffen und vergrößern hilft. Hat doch P. Wundermann S. J. vor kurzem erst in der „Germania“ darauf hingewiesen, daß mit Gebietsabtretungen und Grenzverschiebungen, daß Zeit nichts zu erhoffen ist, und daß eine Lösung nur von einem neuen Begriff der politischen Grenze zu erwarten ist. Das alles aber hat zur Voraussetzung die deutsch-polnische Verständigung.

Mag sein, mag mancher denken, was geht das mich direkt an? Sehr viel. Meiner Meinung nach kommt zunächst dem Westen Deutschlands bei der Aufgabe der deutsch-polnischen Verständigung ein wichtiger Anteil zu. Es ist irrig zu meinen, der Westen habe die deutsch-polnische Verständigung als Sonderaufgabe anzusehen. Die deutsch-polnische Verständigung geht also den Westen nichts an, er sei dabei nur ein wenn auch noch so sehr interessierter Zuschauer. Diese Auffassung ist ganz irrig. Daß ich als erster Deutscher in Brüssel nach dem Kriege öffentlich — wenn auch zunächst ohne Augenblickserfolg — reden, politisch reden, über Belgien und Deutschland reden konnte, ist mir sicherlich leichter gewesen, weil ich nicht aus dem besetzten Westen, sondern aus dem Osten des Reiches komme.

Unsere Grenzlanddeutschen, d. h. unsere Volksgenossen zu beiden Seiten der Grenze stehen im nationalen Kleinrieg, die Bitterkeiten des Verlustes an Nationalität und Geltung, die Bitterkeiten der Kränkung, Zurücksetzung und Ungerechtigkeit, das ständige Kampfen müssen um sein Recht, all diese notwendigen und dauernden Bereich des Kampfs und Arbeitsfeldes, daß von hier aus die Lösung des Problems schon wegen des Mangels an Abstand nicht erfolgen kann. Der Frontkämpfer kämpft, Mann gegen Mann, Leistung und Leberleid und Entscheidung liegt beim großen Hauptquartier. Der Kampf muß sein — wäre es nur immer auf beiden Seiten ein sittliches Ringen um Recht.

Da kann und soll das übrige Reich, der Westen, Süden und Mitteldeutschland helfen. Der Westen fühlt ja auch viel mehr die internationale Verflechtung der deutsch-polnischen Verständigung mit der großen, mit der internationalen Politik. Er ahnt früher als der Osten, daß Polen, wenn es mit Deutschland nicht zur Verständigung kommt, die mit seinem östlichen Nachbar, mit Rußland suchen muß; es vertritt nicht rechts und links feindliche Nachbarn. Der Westen fühlt mehr als der Osten, wie eng die deutsch-franzö-

sische Verständigung zusammenhängt mit der deutsch-polnischen Verständigung. Er ahnt eher als der Osten, daß die Politik von Thoiry Fortschritt gemacht hätte, wenn die deutsch-polnische Verständigung Fortschritte gemacht hätte.

Der Osten ist die Heimat der Vaterländischen Verbände; Stahlhelm und Reitervereine und Kleinfeldschützen und jede Art schwarz-weiß-roter Gesinnung und Betätigung gedeihen hier üppiger als im Westen. Die Geographie der Parteien hat eine große politische Bedeutung. Im Osten sind die guten und schlimmen Eigenschaften des Prekenten zutage. Der Osten hat preußische, der Westen deutsche Überlieferungen. Das macht den Westen geeigneter zur Verständigung als den Osten.

Ihr katholische Deutsche, die ihr seit Windthorst-Tagen Gerechtigkeit für die Polen fordert zu einer Zeit, als das Judentum keine Günstigung, be-
kannt euch auf eure großen Männer und werdet eurer Aufgaben in der deutsch-polnischen Verständigung auch bewußt! Die deutsch-polnische Verständigung ist dem ganzen deutschen Volke aufgegeben.

Das Kompromiß über die Überwachung des Religionsunterrichts.

Kein Aufsichtsrecht der Ortsgeistlichen.

× Berlin, 11. Januar.

Der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien, der die Beschlüsse über die Zerstörung des Reichsausschusses für die zweite Lesung des Gesetzes über den Bildungsausschuss des Reichstages vorbereitete, trat heute nachmittag wieder zusammen, nachdem die Vertreter der einzelnen Parteien unter sich am Vormittag über die Formulierung ihrer Vorschläge für die Bestimmungen in Bezug auf die Aufsicht über den Religionsunterricht und in Bezug auf die Zerstörung des Reichsausschusses für die zweite Lesung des Gesetzes über den Bildungsausschuss des Reichstages verhandelt hatten. Die heutige Verhandlung setzte sich, wie das B. Z. weiter hört, wieder aus den gestern genannten Führern und Schlußparlamentariern der Parteien zusammen. Dazu traten heute noch für die Deutschnationalen die Abgeordneten Hahnemann, Hense, Schrepper und Frau Scheidel und für das Zentrum der Abgeordnete Hofmann-Ludwigshafen. Der Reichsinnenminister v. Meißner nahm wieder an der Beratung teil.

Die nahezu sechsstündigen Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß man sich hinsichtlich der Aufsicht über den Religionsunterricht auf folgenden Kompromißantrag einigte:

§ 16. 1. Den Religionsgesellschaften ist unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes Gelegenheit zu geben, sich davon zu überzeugen, ob der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit ihren Grundgesetzen erteilt wird. Die zuständigen oberen Stellen der Religionsgesellschaften haben zu dem Zweck das Recht der Einsichtnahme in den Religionsunterricht. Dieses Recht kann nicht an den Ortsgeistlichen als solchen übertragen werden.

2. Die Religionsgesellschaften und ihre Vertreter haben gegenüber den Lehrern, die Religionsunterricht erteilen, keine Befugnis der Dienstaufsicht.

§ 16 a. In den Gebieten des Reiches, in dem ein Zusammenwirken zwischen Staatsbehörde und Religionsgesellschaften hinsichtlich der Einrichtung und Erteilung des Religionsunterrichts in den Volksschulen durch Gesetz oder Vereinbarung festgelegt ist, kann es bei dieser Regelung verbleiben.

Ueber § 20, der die Gebiete aufzählt, die als Simultanschulen vorläufig von dem Gesetz ausgenommen sind, konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Der Ausschuss hat sich auf unbestimmte Zeit vertagt. Die heutigen Verhandlungen über die §§ 14 und 16 werden in der Sitzung des Bildungsausschusses am Donnerstag als formulierte Anträge im Gelehrtenrat eingebracht werden.

Bei der Frage der Beaufsichtigung des Religionsunterrichts handelte es sich bekanntlich darum, daß die Deutsche Volkspartei nur den Bischöfen und Generalintendanten persönlich das Recht der Einsichtnahme in den Religionsunterricht zugestehen wollte. Wir glauben die Kompromißfassung des § 16 Abs. 1 richtig dahin zu deuten, daß die Volkspartei sich jetzt mit der Übertragung dieses Rechts auf andere Geistliche einverstanden erklärt hat, nur darf es nicht an den Ortsgeistlichen übertragen werden, offenbar damit dieser nicht irgendwie als Vorgesetzter des Lehrers erscheinen kann. Da das Zentrum nicht auf die Wiedereinführung der geistlichen Schulaufsicht ausging, konnte es dieser Kompromißfassung ohne weiteres zustimmen. Der neue § 16 a nimmt Rücksicht auf die durch das bayerische Konordat geschaffenen Verhältnisse.

Große Reparationschiebungen.

Betrügereien bei Sachlieferungen.

(Paris, 11. Jan. Havas berichtet: Die Pariser Staatsanwaltschaft hat auf Antrag des Finanzministeriums den Untersuchungsrichter beauftragt, eine Reihe von Angelegenheiten zu untersuchen, bei denen es sich um betrügerische Manöver bei der Ausführung von Sachlieferungen auf Reparationskonto handelt. Durch falsche Angaben des wahren Wertes der auf Reparationskonto bezogenen Waren hätten sich die beiden kontrahierenden Parteien, Deutsche und Franzosen, beträchtliche Vorteile zu sichern gesucht. Bei diesen betrügerischen Manipulationen sei auch der nicht gestattete Transfer von Bargeld von Deutschland nach Frankreich die Folge gewesen. Die französische Regierung habe, sobald sie Kenntnis von diesen betrügerischen Manövern erhalten habe, durch die in Frage kommenden Verwaltungsbefugnisse eine Untersuchung veranlaßt und beschloffen, eine gerichtliche Untersuchung in allen den Fällen einzuleiten, in denen strafbare Handlungen festgestellt worden seien.

„Echo de Paris“ berichtet, in auf unrichtigen Kreisen erkläre man, daß es sich um Betrügereien handele, die ein mehrfaches von zehn Millionen betragen. Die Regierung sei entschlossen, volles Licht in die Angelegenheit zu bringen, da andernfalls die Loyalität der französischen Kontrahenten bei Abmachungen über die Lieferung auf Reparationskonto in Frage gestellt werden könnte.

Nach dem „Welt Journal“ hat die Polizei bereits die Kettensammler nicht nur in Paris, sondern auch in

Strasbourg, Schlettstadt und Besançon unternommen. Etwa zwölf Personen seien in die Angelegenheit verwickelt und wahrscheinlich seien die französischen Käufer mit den deutschen Lieferanten einig gewesen. Hinsichtlich der Fälschung von Papieren, die es ermöglicht hätten, den Betrag durchzuführen, der in der Hauptsache darin bestünde, sich Zollfreiheit für die Einfuhr der auf Reparationskonto gelieferten Waren zu beschaffen.

Strafrechtliches Nachspiel für die deutschen Firmen?

Drahtbericht unserer Berliner Redaktion.

× Berlin, 11. Januar.

Es ist eine alte, traurige Erfahrungssache, daß ge-
wissenlose Spekulanten die Not eines Landes stets zu
verbrecherischen Bereicherungszwecken auszunutzen pfle-
gen. Von solchen Wirtschaftsschwindeln sind die Wölfer
zum Beispiel während des Weltkrieges in besonderem
Maße heimgesucht worden, weil die Schieber und Wucher-
ter gerade in dieser Zeit der größten wirtschaftlichen
Bedürfnisse ihren Reizen üppig blühen sahen. Wie der
jetzt in Paris ausgebrochene Reparationsandal beweist,
haben unaufrichtige Elemente auch in den erdrückenden Re-
parationsleistungen, die das deutsche Volk unter unge-
heuren Opfern auszuführen hat, eine willkommene Ge-
legenheit ergriffen, betrügerische Gewinne in ihre Samstags-
taschen fließen zu lassen.

Die deutsche Regierung hat bereits seit Mo-
naten die Angelegenheit verfolgt. Die un-

erlaubten Operationen haben sich bis zur Entdeckung
selbstverständlich ohne Kenntnis der deutschen und der
alliierten Reparationsinspektoren belaufen, insbesondere auch bei
Transferkonten vollzogen. Die Schäden, die aus
diesen Unregelmäßigkeiten erwachsen sind, treffen
wohl vor allem die französische Regierung,
die mit Reparationsleistungen belastet wird, aus denen
private französische Importfirmen schwindlerische Ge-
winne gezogen haben. Das Reich als solches dürfte
kaum geschädigt sein, da die Abrechnung über Re-
parationskonten geht und das Reich nur mit den Gläu-
bigeregierungen bzw. den zuständigen Reparations-
stellen zu tun hat. Diejenigen deutschen Firmen,
die sich Verletzungen haben zu Schulden kommen lassen,
sind bis auf weiteres von den Reparations-
leistungen ausgeschlossen. Ob strafrecht-
liche Verfolgungen vorliegen, wird zur Zeit noch
geprüft.

Es fehlt natürlich auf französischer Seite auch bei
diesem Anlaß wieder nicht an lächerlichen Versuchen, die
Schuld an den Vorgängen der Berliner Regierung in die
Schuld zu schieben. Wir sind es ja nachgerade gewohnt,
daß die Pariser Presse sich einen Sport daraus macht,
Deutschland für alles und jedes Mißgeschick verantwor-
lich zu machen, selbst wenn es sich etwa um ein Hoch-
wasser der Seine handeln sollte. So ist jetzt der faßbare
bekannte „Matin“ flink bei der Hand, die deutsche Re-
gierung in der unverschämtesten Weise zu verleumden.
Er behauptet, die Reichsregierung habe
von den Reparationsmöglichkeiten gottlos
und sie also offenbar schleichend ausbeutet und ge-
fordert. Ferner sagt der „Matin“, die französische Re-
gierung befürchte, daß die Reichsregierung die Schwin-
deler als Vorwand für eine Revision des Dawesplanes
benutzen könnte unter Hinweis darauf, daß Frankreich
garnicht in der Lage sei, die im Dawesplan vorgesehenen
Leistungen auch tatsächlich zu verwenden. Der ehren-
werte „Matin“ möge versichert sein, daß Deutschland
wirklich viel durchschlagendere Gründe vorzu-
bringen hat, die für eine vernünftige und zeitgemäße Ein-
schränkung der Reparationsverpflichtungen sprechen.

Die Aufdeckung der Betrügereien.

× Berlin, 11. Jan. In der französischen Zeitung
„Matin“ ist behauptet worden, daß die deutsche Re-
gierung von den in Paris aufgedeckten Reparationsbetrü-
gereien gewußt habe. Wie wir hören, vertritt sich die
Angelegenheit so, daß das deutsche Sachse-
rungs-bureau in Paris Anfang Dezember v. J. Be-
auftragung nehmen mußte, den französischen Sachse-
rungsdiens auf Untersuchungen aufmerksam zu ma-
chen, die angeblich bei einigen Reparations-
verträgen obwalteten. Daraufhin veranlaßte
Unternehmen haben den Verdacht vorgelassener un-
lauter Machenschaften bekräftigt, worauf der französi-
sche Minister der öffentlichen Arbeiten die Prästen der
betroffenen Gebiete angewiesen hat, in eine Preis-
prüfung der vorgelegten Reparationsverträge einzu-
treten. Es muß also festgestellt werden, daß gerade
die deutschen Inspektoren es waren, die zuerst
auf die vorgekommenen Machenschaften hinwiesen und
den Anlaß zu ihrer Aufdeckung gaben.

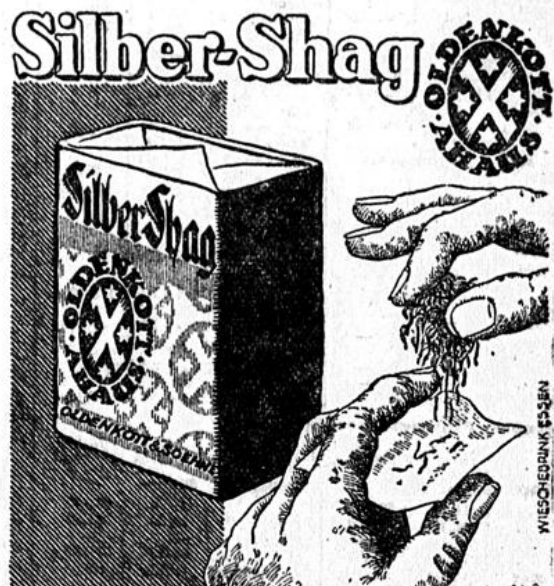
Die deutsch-österreichischen Strafrechtsverhandlungen.

× Berlin, 11. Jan. Unter dem Vorsitz des volks-
parteilichen Reichstagsabgeordneten Dr. Kahl werden
am Samstag im Reichstagsgebäude Besprechun-
gen zwischen den österreichischen und deut-
schen Sachverständigen wieder aufgenommen,
die die Strafrechtsangleichung in bei-
den Ländern zum Ziele haben. Die Aufklärung dieser
Verhältnisse ist sehr wichtig. Das somit zu
erwartende positive Ergebnis wird als ein wesentlicher
Schritt auf dem Wege zum Zusammenbruch des öster-
reichs mit Deutschland gewertet. Die Berliner Ver-
handlungen werden bis einschließlich Montag
dauern werden, und der abschließende Erörterung der
letzten Abschnitte des allgemeinen Teiles gewidmet. Es
wird Aufgabe dieser deutsch-österreichischen Verhand-
lungen sein, die differierenden Meinungen abzu-
schleifen, wobei sachliche Parallelen nicht
zu erwarten sind. Diese werden sich erst bei den
Beratungen des Spezialausschusses des neuen Strafrechts er-
geben, da der österreichische Entwurf die Todes-
strafe nicht vorsieht, die ja im Artikel 85 der öster-
reichischen Bundesverfassung abgeschafft ist. Das
deutsch-österreichische Strafrechtsabkommen sieht sich aus
zehn Reichsdeutschen und sechs Österreichern zusam-
men. In Berlin wird die Kommission auch beschließen,
wann und wo nach etwa drei Monaten die Beratungen
über den Spezialteil der Strafrechtsreform weiterge-
führt werden sollen. Man wird dann eine Wahl in
der Mitte zwischen Berlin und Wien, vielleicht Mün-
chen, wählen.

Volksrauertag am 4. März.

× Berlin, 11. Jan. Der Ausschuss für die Fest-
setzung eines Volksrauertages, dem die Religions-
gemeinschaften und die großen deutschen Körperschaften
unter Führung des Volksbundes Deutsche Kriegsge-
fangenen (V. D. K.) angehören, beschloß im Vernehmen
mit den zuständigen Behörden einstimmig, den Volks-
rauertag zum nächsten Sonntag, den 4. März 1928, in
Münster, in ähnlicher Weise zu begehen, wie dies
in den Vorjahren der Fall gewesen ist. Die Feier soll
in Gottesdiensten, Läuten der Glocken im ganzen Reich
und Gasseiern bestehen.

Silber-Shag



OLDENKOTT-AHAUS

WILHELM DRINK 1238A

ALA

FEINSCHNITT

für kurze Pfeife und Zigarette

OLDENKOTT-AHAUS

1. Hypotheken
zu günstigsten Tages-
sätzen, Geld, Offerten
unter „M. 728“ an die
Münster. Wirtensvolk.
Münster. 19043

Ein
**1-Tonnen-
Pfeiferwagen**
gut erhalten, sofort preis-
wert zu verkaufen.
Der Wagen ist ausgiebig
fabrikbereit und bis April
verleuert. Sucher, sind an
richten unter Z 1344 an
die Dortener Volkszeitg.
Dortien. 0179

Tepplische, Käufer ohne
Anzahlung in 10 Monaten rufen mit.
Tepplchhaus Agay &
Glick, Frankfurt a. M.
Schreiben Sie sofort! 123

**2 erstklassige gebr.
Pianos**
kreisförmig mit Banger-
platte von neuen nicht
zu untercheiden, sind
mit voller Garantie sehr
billig 04072
zu verkaufen.

**Musikhaus
Frig Kieleschke,
Münster i. Westf.,
Glaspassage.**

la. Elderlontkase
(20%)
9 Pf. = 17k. 8.30 franko
Dampfabrik
Hensbura. 03451



6 jährige Traberstute,
Fuchs, 1,67 m., tragend
von amerikanischem Tra-
berhengst (bestes Verbe-
führen belbes Traberblut),
zu verkaufen oder zu ver-
tauschen

**Hugo Bergmann,
Münster i. W.,
Dahlweg 68, Tel. 1421**

**Heimarbeit vergibt
B. Dölfer Breslau 25**

